

## Kolumbien: Ein Jahr unter mörderischem Druck

**2021 geht als verheerendes Jahr für Menschenrechte und Justiz in Kolumbiens Geschichte ein. Massive soziale Proteste hielten die Gesellschaft in Atem. Die Justiz wurde dabei mehr und mehr durch die Politik instrumentalisiert. Dagegen wehren sich etliche Organisationen. Darunter auch FASOL. Der langjährige Misereor-Partner wandelt sich derzeit von einer Hilfs- zu einer Menschenrechtsorganisation – und tritt immer öfter in die Öffentlichkeit.**

Der 10. Dezember, der Tag der Menschenrechte, hatte Symbolcharakter in Kolumbien. Aus dem Cauca, einer der gefährlichsten Regionen des Landes, hatten sich Zigttausende unter der Fahne des CRIC, des Rates der indigenen Völker des Cauca, auf den Marsch in die Metropole Cali gemacht.



In Bogotá, Kolumbiens Hauptstadt, versammelten sich Zehnttausende auf der Plaza Bolívar, dem zentralen Platz vor dem Parlament, und auch in Medellín, der dritten Großstadt des Landes, gab es Kundgebungen und Großdemonstrationen, so Luis Fernando Otálvaro, Staatsanwalt und Präsident der Justizgewerkschaft Asonal Judicial.

„Überall gingen die Menschen gegen die unpopuläre Regierung von Iván Duque auf die Straße und plädierten für mehr Schutz von Aktivist:innen für Menschen-, Umwelt- und Sozialrechte“, so Otálvaro. Zu den Gefährdeten zählen nach einer etwa zweijährigen Pause im Anschluss an die Unterzeichnung des Friedensvertrages mit der FARC am 24. November 2016 auch wieder die Angestellten im Justizsektor. „Anfang Juni wurde Esperanza Navas Sánchez, die Staatsanwältin von Tibú, ermordet und vor zwei Tagen erhielt ich die Nachricht von einem Angriff auf einen weiteren Kollegen“, so Otálvaro.

Der war zum Glück nicht tödlich und sorgte deshalb nicht für Schlagzeilen. Das zeigt, dass der Druck auf Richter:innen, Staatsanwält:innen und Expert:innen in Ermittlung wie Verwaltung zugenommen hat. Das belegen auch die Statistiken von FASOL, dem Solidaritätsfonds für kolumbianische Richter, der seit Jahren eine einzigartige Datenbank führt. Darin werden alle Angriffe, Attentate, Entführungen, Morde und Morddrohungen auf das Personal im Justizsektor dokumentiert und ausgewertet. Zwischen dem 1. Januar 2019 und dem 30. Juni 2021 sind dort

sechs Morde, zwölf Attentate, sechs Fälle von Vertreibung sowie 26 Fälle massiver Morddrohungen aufgelistet.



Unter ihnen der Fall von Liliana Arias aus Bello bei Medellín. Die Richterin wurde massiv bedroht, von den staatlichen Institutionen jedoch nur ungenügend geschützt. Nach einem Jahr warf sie zermürbt das Handtuch und bat um Versetzung. Kein Einzelfall, aber einer, der das Justizsystem des Landes um eine engagierte Juristin bringt, weil es an Rückhalt fehlt. „Ein Dilemma hinter den Zahlen“, so FASOL-Direktor Carlos Ojeda, der von einem weiteren Fall weiß, wo sich jemand aus Angst gezwungen sah ins Ausland zu gehen. Nichts Neues in Kolumbien. Dabei war nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages die Hoffnung groß, dass die Zeit der Attentate, von Flucht und Exil vorbei sei.

### Von der Hilfs- zur Menschenrechtsorganisation mit speziellem Fokus

„FASOL ist als zeitlich befristetes Hilfsprojekt für die Angehörigen von ermordeten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Justizsektor entstanden“, erklärt Ojeda. Dreißig Jahre ist das her, im Herbst wurde das Jubiläum der Organisation im Museum der Erinnerung in Bogotá begangen. „Es gibt uns immer noch. Mit einem erweiterten Angebot und einer neuen Ausrichtung“, erklärt Ojeda. Der 39-jährige Kommunikationswissenschaftler und Sohn eines von der FARC-Guerilla ermordeten Richters, kennt die Hilfsorganisation von klein auf, leitet sie seit 2016 und hat den Umbau angestoßen: von

der reinen Hilfsorganisation zu einer in der Öffentlichkeit präsenten Menschenrechtsorganisation im Justizsektor. 2019 unterstützte FASOL noch 140 Familien direkt: bei der Therapie von Traumata, beim ökonomischen Neuanfang, der Ausbildung der Kinder der Opfer des Terrors, der Kolumbien schon so lange prägt.

Doch mittlerweile ist die Hilfestellung von FASOL nicht mehr im gleichen Umfang nötig wie früher. Etliche Familien stehen wieder auf eigenen Beinen, Kinder sind erwachsen, teilweise in die Fußstapfen ihrer Eltern getreten, und lokale Strukturen haben sich entwickelt: in Santa Marta, in Cali, in Medellín, aber auch in anderen Städten. Betroffene helfen sich gegenseitig mit Tipps, mit dem Zuhören und dem Knüpfen von Kontakten. Die internen Netze sind stärker geworden. Die Zentrale in Bogotá, wo sechs hochspezialisierte Mitarbeiter:innen arbeiten, wird entlastet und betreut derzeit noch 65 Familien.



Dadurch werden Kapazitäten für die anlaufende Neuausrichtung frei. Anders und auch breiter soll FASOL aufgestellt werden, erklärt Ojeda: „Mehr Präsenz in besonders gefährdeten Regionen des Landes wie Cauca, Antioquia, Arauca, Nariño, dem Valle de Cauca oder Norte de Santander wollen wir“.

Diese Neuausrichtung ist allein mit dem derzeitigen Personal kaum zu realisieren, denn zum Konzept gehört auch die kontinuierliche Arbeit in Analyse und Forschung, um sich permanent für eine unabhängige Justiz

zu engagieren. Das sind die wesentlichen Punkte in dem 2019 präsentierten Zukunftskonzept. Zu dem gehört auch ein neues Tool – die Fasol-App: „Fasol te cuida“, was soviel wie Fasol beschützt Dich, heißt. Sie ist seit November 2020 verfügbar. 634 User gibt es ein Jahr später. Die meisten davon in besonders brisanten Regionen wie Valle de Cauca, Norte de Santander oder Antioquia. Doch Carlos Ojeda hatte sich mehr erhofft angesichts von rund 50.000 Beschäftigten im Justizsektor, die eben kein vertrauenswürdiger und schnell verfügbares Tool haben, mit dem sie Angriffe melden können. In diese Lücke will die Fasol-App stoßen, wobei jeder und jede User:in entscheiden kann, ob FASOL die Sicherheitsbehörden alarmiert oder eben nicht. „Der große Vorteil ist“, so Ojeda, „dass wir quasi in Echtzeit reagieren und helfen können, präzise Informationen erhalten und wenn gewünscht, auch weitergeben können.“ Für ihn ist die APP ein Schritt in die digitale Zukunft und sie soll dabei helfen als Hilfs- und als Menschenrechtsorganisation

## CONOCE LA APP



schneller reagieren zu können und zur Not auch an die Öffentlichkeit zu treten.

Das kann ein großer Vorteil sein, aber wichtig ist, dass die App beworben wird – von FASOL, aber auch von den Gewerkschaften und den staatlichen Institutionen, meint Ojeda. Doch genau das ist kaum passiert. Die offiziellen Stellen wie die Generalstaatsanwaltschaft haben wenig Interesse gezeigt und die eigenen Mittel reichen nicht, um die App zu bewerben.

Dabei gibt es Corona-bedingt auch einen großen Haken, der sich auch andernorts negativ bemerkbar macht. „Bei der Einwerbung von Spenden, Förderbeiträgen und Zuschüssen lagen wir Mitte 2020 noch über dem projektierten Ziel, Mitte 2021 aber darunter“, so Ojeda. Der Grund liegt auf der Hand: das Einwerben von Spenden bei öffentlichen Veranstaltungen war schlicht nicht möglich – etliche Justizangestellte arbeiteten und arbeiten im Homeoffice, nur etwa 35 Prozent in den Büros.

Das setzt das FASOL-Team unter Druck, auch wenn erste Erfolge der Neuausrichtung bereits sichtbar sind. FASOL ist aus dem Schatten bekannter Menschenrechtsorganisationen im Justizbereich wie der kolumbianischen Juristenkommission oder dem Anwaltskollektiv CCJAR getreten und deutlich bekannter geworden. FASOL-Jurist Jesús Lozano und Direktor Carlos Ojeda gehörten zu dem Team von Experten, die den spektakulären Bericht verfassten, der auf die prekäre Situation der kolumbianischen Justiz aufmerksam macht: „Die Unabhängigkeit der Justiz in Gefahr – durch ein autoritäres Regime“, lautet der Titel der Analyse, dessen erste Auflage im Juni 2021 erschienen ist. Dafür haben die Autoren, allesamt Experten aus dem Menschenrechts- und Justizbereich, Belege en Gros gesammelt und minutiös nachgezeichnet, was 2020 Gestalt annahm und 2021 zur Realität wurde: die massive Einflussnahme der Politik auf die Justiz.

*Cooptación* heißt das auf spanisch. Spezialist und Analyst der Strategien zur Übernahme zentraler Positionen in der Justiz und anderen staatlichen Institutionen ist Iván Velásquez. Der ehemaliger Richter am höchsten Gericht Kolumbiens (Corte Suprema 2000-2012) ist nach sechs Jahren als Direktor der UN-Kommission gegen die Strafflosigkeit in Guatemala (CICIG) im September 2019 nach Bogotá zurückgekehrt.



Seitdem beobachtet der heute 66-jährige vielfach prämierte Jurist, wie der kolumbianische Präsident die Institutionen des Landes konsequent unter seinen Einfluss bringt. „Alle Kontrollorgane, sowohl im finanziellen als auch im administrativen Bereich sind mit Vertrauensleuten des Präsidenten besetzt. Doch damit nicht genug: auch der Generalstaatsanwalt, Francisco Barbosa, ist ein alter Schulfreund von Präsident Iván Duque. Er wurde gezielt ernannt, um Einfluss zu nehmen“, so Velásquez. Für ihn ist klar, dass die Postenvergabe nicht Zufall, sondern Strategie ist. Dafür spricht, dass auch die *Defensoría del pueblo*, die Ombudsstelle, von einem Anhänger von Iván Duque besetzt ist und sich das in der *Registraduría* fortsetzt. Die Institution hat eine Scharnierfunktion, denn dort wird nicht nur das Wahlregister geführt, sondern auch die Durchführung der Präsidentschaftswahlen im Mai 2022 koordiniert.

### **Duque: Die Institutionen unter Kontrolle**

Dann wird der Nachfolger von Iván Duque gewählt. Alle Umfragen bestätigen, dass die nächste Regierung keine konservative, sondern eine progressive sein könnte, denn mit Gustavo Petro liegt ein linker Kandidat vorn. Ungewöhnlich im sehr konservativen Kolumbien, aber auch eine Folge von vier für den Friedensprozess weitgehend verschenkten Jahre, so Alirio Uribe Muñoz. Der Menschenrechtsanwalt, der an der Ausarbeitung des

Friedensabkommens zwischen Regierung und FARC-Guerilla beteiligt war, macht das *Centro Democrático*, die Partei von Iván Duque und seinem politischen Mentor Ex-Präsident Álvaro Uribe Vélez (2002-2010), für die nur partielle Implementierung des Abkommens verantwortlich. Wichtige Teile seien weitgehend blockiert und nicht umgesetzt worden. „Darunter das Kapitel über die Landreform und den Drogenhandel, aber auch die Passagen über den Schutz ehemaliger Guerilleros sowie von Aktivist:innen für Menschen-, Umwelt- und soziale Rechte“, erläutert Muñoz. Davon zeugen die Statistiken. 292 ermordete Ex-Guerilleros wurden seit der Unterzeichnung des Friedensabkommens am 24. November 2016 bis zum 26. November 2021 von Menschenrechtsorganisationen registriert. Noch gravierender ist die Zahl der Morde von sozialen und politischen Aktivist:innen, die von Jahr zu Jahr steigt. Bis zum 8. Dezember wurden 162 Frauen und Männer von Auftragskillern ermordet. Auch die Zahl der Massaker befand sich mit 89 am 8. Dezember bereits wieder fast auf dem Vorjahresniveau. Die Welle der Gewalt ist seit Jahren Anlass für massive landesweite Proteste vor und am 10. Dezember, dem Tag der Menschenrechte.



Die Kolumbianer:innen sind das Morden, die omnipräsente Straflosigkeit und die überbordende Korruption leid und dafür machen große Teile der Bevölkerung den amtierenden Präsidenten Iván Duque mitverantwortlich. Er wird in der Öffentlichkeit oft als

Handlager seines politischen Mentors, Ex-Präsident Álvaro Uribe Vélez wahrgenommen. Allerdings könnte die Übernahme zentraler Institutionen durch Vertraute und Freunde Duques eine Strategie sein, die mit Uribe Vélez nicht abgestimmt ist. Der einst mächtigste Mann Kolumbiens steht unter Druck: erstmals seit Jahren ermittelt die Justiz gegen den Mann, der als Strippenzieher und heimlicher Koordinator der Paramilitärs gilt. Die ultrarechten Kampfverbände, die 2006 unter großem medialem Interesse entwaffnet und demobilisiert wurden, sind heute in nahezu 95% des kolumbianischen Territoriums präsent – wenn auch unter anderen Namen. Aktuell angeklagt ist Kolumbiens Ex-Präsident wegen der Bestechung von Zeugen und Prozessbetrugs. Der Klage gaben die Richter der Corte Suprema, des höchsten Gerichts, im August 2020 statt und stellten den 69-jährigen Senator unter Hausarrest. Das zog eine Diffamierungskampagne nach sich, die von Uribe Vélez angeheizt wurde und nicht nur in den sozialen Netzwerken stattfand. „Damals fiel die Entscheidung für die Unabhängigkeit der Justiz einzutreten und mit unserer Studie und dem Appell an die internationale Öffentlichkeit zu gehen“, so Carlos Ojeda.

Doch sechzehn Monate später geht es längst um mehr. Mit dem Amtsantritt von Generalstaatsanwalt Francisco Barbosa im Februar 2020 wurde die Staatsanwaltschaft massiv umstrukturiert. „Spezifische Dienststellen für Menschenrechte wurden aufgelöst, unbequeme und penibel recherchierende Staatsanwälte und Ermittlungsbeamten versetzt und derzeit werden Staatsanwälte intern angehalten gegen die Demonstranten des Paro Nacional zu ermitteln.“, so Ojeda. Der nationale Streik begann am 28. April 2021 aus Protest gegen die Novellierung der Steuergesetzgebung und weitete sich zu den massivsten Protesten gegen die Regierung Iván Duque aus. Sie hielten mit

Straßenblockaden vor allem in Cali, aber auch in anderen Städten das Land in Atem und nun werden die Aktivist:innen der ersten Linie, *Primera Línea*, systematisch kriminalisiert. „Gesetzestexte wurden modifiziert, das Demonstrationsrecht beschnitten, um ein juristisches Exempel zu statuieren“, kritisiert Staatsanwalt Luis Fernando Otálvaro. Einseitigkeit wirft er den Ermittlungsstellen vor und damit ist er nicht allein:

„Was ist mit den Opfern der Polizeigewalt? Es gibt mehr als achtzig Jugendliche, die durch eine gezielt geschossene Tränengasgranate ein Auge verloren. Was ist mit den Frauen, die von Polizisten vergewaltigt wurden? Mit den mehr als 80 gezielt von Polizei und Paramilitärs erschossenen Demonstranten und den seit den Protesten Verschwundenen? Wer ermittelt in all diesen Fällen?“, fragt Ex-Richter Iván Velásquez. Die Justiz sei unter immensen Druck vom Verteidigungsministerium, der Polizeiführung, aber auch von Generalstaatsanwalt Fernando Barbosa gesetzt worden. „Die Staatsanwaltschaft ist dem Uribismo unterstellt“, meint Velásquez.

*Uribismo* wird der von Ex-Präsident Álvaro Uribe Vélez etablierte Politikstil genannt, der eine Militarisierung Kolumbiens und eine Schwächung der demokratischen Institutionen herbeigeführt hat. Doch FASOL-Direktor Carlos Ojeda ist sich gar nicht so sicher, ob es noch der *Uribismo* alter Prägung ist, oder ob er und viele andere nicht Iván Duque unterschätzt haben. Der sei es schließlich, der die unabhängigen Kontrollgremien vereinnahmt habe und ganz sicher ist er sich nicht, ob das alles auf Weisung von Mentor Uribe Vélez geschehen sei. Er, so viel belegen Telefonmitschnitte, hat Iván Duque im Wahlkampf 2018 mit dem Kauf von Wählerstimmen erst in die Casa de Nariño, den Sitz des Präsidenten, verholphen. Auch damit sollen sich die Gerichte beschäftigen und gleiches gilt für den Skandal um

die fünf Millionen Wähler, die sich zu viel im Wahlregister der *Registraduría* befinden. Das hat ein Abgleich zwischen dem statistischen Amt des Landes (DANE) und dem Wahlregister ergeben und in den sozialen Netzen vergeht kaum ein Tag, an dem nicht Dutzende von Kolumbianer:innen in detail dokumentieren, dass ihre längst verstorbenen Angehörigen noch im Wahlregister aufgeführt sind.



„Warum das so ist, ist eine Frage, die derzeit Kolumbien umtreibt und die Angst vor Wahlbetrug quasi greifbar macht“, so Carlos Ojeda. Er hofft, dass die Gerichte dafür sor-

gen, dass das Wahlregister möglichst schnell von den bis zu fünf Millionen Karteileichen gesäubert wird. Doch das ist alles andere als gewiss, denn dafür braucht es unabhängige und transparent agierende Gerichte. Dafür engagiert sich FASOL seit Mitte 2020 nicht nur hinter den Kulissen. Die fundierte Analyse oder besser, der an internationalen Organisationen gerichtete Appell für die Unabhängigkeit der Justiz hat viel positive Resonanz erhalten. Doch das allein reicht nicht, so Staatsanwalt Luis Fernando Otálvaro. „Wir senden auf der Job im Justizsektor wieder mit einem persönlichen Risiko verbunden. Das ist ein Déjà-Vu – nur diesmal unter ganz anderen Vorzeichen als in den 1980er und 1990er Jahren“. Da war es das Medellín Kartell, das den kolumbianischen Staat und dessen Justiz herausforderte. Diesmal ist die Konstellation eine andere. Es ist der Staat, der die Justiz kooptiert.

*Text: Knut Henkel*

*Redaktion & Layout: Gabriele Rath*

*Fotos: FASOL*